

Teurer Spaß oder Drohung ohne Not

NEU-ULM. Es formiert sich weiter der Widerstand gegen die angestrebte Kreisfreiheit Neu-Ulms (NUXIT). Wie Blix bereits mehrfach berichtet hat, entscheiden noch diesen Herbst die Bayerische Staatsregierung und der Bayerische Landtag über den NUXIT. Der Neu-Ulmer Kreistag hat offiziell Stellung gegen die Neu-Ulmer Pläne bezogen. Auch eine Studie der IHK Schwaben und der Club der Industrie Ulm/Neu-Ulm befinden: Die Stadt Neu-Ulm und der Landkreis sind gemeinsam besser dran.

Da es per Beschluss des Neu-Ulmer Gemeinderates keinen Bürgerentscheid zum NUXIT gibt, hatte die Bürgerinitiative (BI) „Landkreis? Ja bitte!“ eine Petition gemäß Artikel 115 der Bayerischen Verfassung an den Bayerischen Landtag gerichtet. Und der Kreistag hat am 19. Oktober mit 44 zu 9 Stim-



MdL Beate Merk (CSU), die auch im Neu-Ulmer Kreistag sitzt, hat das Gremium unmittelbar vor der Abstimmung über die Stellungnahme zum „NUXIT“ verlassen weil eine Enthaltung nicht möglich war. Nun droht ihr möglicherweise ein Ordnungsgeld, denn Kreisräte sind verpflichtet, an Abstimmungen teilzunehmen.

Ravensburger gegen rechte Hetzer

RAVENSBURG. „#wirsindmehr“: Ravensburg hat unlängst klare Kante gezeigt gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Hetze. Rund 2500 Menschen beteiligten sich nach Angaben der Veranstalter „Bündnis für Bleiberecht Bodensee-Oberschwaben“ und „Oberschwaben ist bunt“ an einer Kundgebung auf dem Marienplatz. Diese war eigentlich als Gegenveranstaltung für die nach der Messerattacke eines offenbar psychisch kranken afghanischen Asylbewerbers gegen drei Männer Ende September zeitgleich geplante rechte „Mahnwache“ gedacht; diese wurde aber kurzfristig abgesagt.

Es war am 28. September, als ein offenbar psychisch kranker Afghane auf dem Ravensburger Marienplatz mit einem Messer bewaffnet drei Passanten, einen Touristen und zwei Syrer, schwer verletzt hatte. Diese Tat hatte die rechte Szene (sogenannte „besorgte Bürger“) zum Anlass genommen, um im Oktober eine „Mahnwache“ auf dem Gespinstmarkt veranstalten zu wollen. Diese „Mahnwache“ wurde zwar kurzfristig abgesagt, aber die als Gegenveranstaltung vom „Bündnis für Bleiberecht Bodensee-Oberschwaben“ zusammen mit „Oberschwaben ist bunt“ geplante Kundgebung unter dem Motto „Wir sind mehr – Aufstehen für Vielfalt

men beschlossen: „den Antrag auf Kreisfreiheit abzulehnen“. Kreiskämmerer Mario Kraft befürchtet bei einem NUXIT massive finanzielle Einbußen, die für die Jahre 2018 bis 2021 auf jährlich zwischen 6,7 und 8 Millionen Euro geschätzt werden. Eine Erhöhung der Kreisumlage wäre unumgänglich. Zudem habe die Stadt Neu-Ulm bislang vom Landkreis profitiert: Seit 2008 seien knapp 56 Millionen Euro mehr nach Neu-Ulm geflossen, als die Stadt an Kreisumlage gezahlt habe, so Kraft. Die Kreisräte befürchten auch „ein Mehr an Bürokratie“; es würden in der Verwaltung unnötige Doppelstrukturen geschaffen. Auch sei die Zukunft der bislang von der Kreisspitalstiftung Weißenhorn, eine Tochter des Landkreises, getragenen Donauklinik Neu-Ulm ungewiss; womöglich müsse die Kreisspitalstiftung Weißenhorn, die auch die Kliniken in Illertissen und Weißenhorn betreibt, zerschlagen werden. Neu-Ulms Oberbürgermeister Gerold Noerenberg, der für die CSU im Neu-Ulmer Kreistag sitzt, kritisierte, es sei infam, wenn der Stadt vorgeworfen werde, sie wolle den Landkreis zerstören. Mehrfach führte er ins Feld, dass der Landkreis nicht mit der Stadt verhandelt habe und benannte als Beispiel den ÖPNV. Für die wirtschaftliche Entwicklung und das Wachstum Neu-Ulms habe der Landkreis nichts getan. Dass im Falle des NUXIT die Kreisumlage erhöht werden müsse, bezeichnete er als „Drohung ohne Not“. Für das Papier votierten 44 Kreisräte, neun – fast alles Neu-Ulmer – lehnten es ab. So oder so hat die Stellungnahme des Kreistages keinerlei rechtliche Auswirkungen, denn im NUXIT-Verfahren darf der betroffene Landkreis Neu-Ulm zwar mitreden, aber nicht mitentscheiden.

Doch nicht nur die Mehrheit des Kreistags, auch eine Studie der IHK Schwaben befürwortet ein Verbleib Neu-Ulms im gleichnamigen Landkreis. Die IHK hatte eine Studie zu den Folgen einer Kreisfreiheit der Stadt Neu-Ulm beim SME-Institut für Sozial- und Wirtschaftsforschung in Auftrag gegeben. „Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Stadt nicht in der Lage wäre, die finanzwirtschaftlichen Folgen einer Kreisfreiheit in den folgenden Jahren abzudecken. Auch der Landkreis wäre in seiner finanzwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nachhaltig beeinträchtigt“, so Werner Knittel, aus Vöhringen (Landkreis Neu-Ulm) stammender Vizepräsident der IHK Schwaben. „Stadt und Landkreis Neu-Ulm sind als Einheit wesentlich besser für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet, als im Alleingang.“ Die IHK befürchtet zusätzliche Belastungen in Form von höheren Steuern und Abgaben für die Unternehmen und Bürger. Dass die hiesige Wirtschaft womöglich die Zeche für den Separatismus zahlen müsse, dagegen wehrt sich auch der Club der Industrie Ulm/Neu-Ulm. Dies könnte sich negativ auf den Wohlstand in der ganzen Region auswirken.



und gegen Rassismus“ zog rund 2500 Menschen an. „Wir werden unsere Straßen nicht dem braunen Mob überlassen“, so Michaela Matschiński vom „Bündnis für Bleiberecht Bodensee-Oberschwaben“. Ein gemeinsames Statement der Kreisvorsitzenden der demokratischen Parteien und deren Jugendorganisationen beendete die Kundgebung. „Wir setzen ein Zeichen: Bei uns ist kein Platz für Rassismus und Ausgrenzung“, so Heike Engelhardt (SPD). Die Versammelten skandierten: „Wir sind mehr!“ In der Tat: Auf dem Gespinstmarkt, wo die rechte „Mahnwache“ hätte stattfinden sollen, blieb es abgesehen von Polizei gespenstisch leer.

G U Y - P A S C A L D O R N E R

Wie eröffnet, so geschlossen

LEUTKIRCH/WANGEN. Kaum eröffnet, schon wieder geschlossen: der Center Park Allgäu bei Leutkirch. Zunächst war nur von einer Schließung bis 22. Oktober die Rede; bis Redaktionsschluss galt der 29. Oktober als Termin für die Wiedereröffnung. Derweil sich der Center Park Allgäu und mit ihm die Stadt Leutkirch um Schadensbegrenzung bemühen, plant im benachbarten Wangen die Gastronomenfamilie Leonhardt ein Urlaubsressort mit Ferienhäuschen, Bewirtschaftungsgebäuden und einem Wellness-Bereich. Diese Pläne stoßen jedoch auf Gegenwind.



Kaum eröffnet, schon wieder geschlossen: der Center Park Allgäu.

Wenige Tage nach der Neueröffnung des Center Parks Allgäu war die Blamage perfekt: Der Ferienpark schloss vorübergehend wieder seine Pforten. Zu groß waren die technischen Pannen, zu groß die Verärgerung der ersten 2600 Feriengäste. Diese hatten teilweise keinen Strom, kein warmes Wasser und kein W-LAN. Teilweise fehlte in den Bungalows das Mobiliar. Grund: Der Zeitplan für die Eröffnung am 1. Oktober war zu knapp bemessen gewesen. Der eingebaute Puffer von einem Monat reichte nicht. Der Eröffnungstermin hatte wegen der Buchungen bereits im Februar festgelegt werden müssen. Doch dann tauchten kurz vor Eröffnung technische Probleme auf. Ein Probelauf war nicht vorgesehen. Einem Teil der Gäste war noch vor der Eröffnung abgesagt worden. Der Großteil der Gäste, die nach Leutkirch kam,

reiste gefrustet vorzeitig ab. Es folgte der Kotau des Parkmanagements vor den Feriengästen und die vorübergehende Schließung der Anlage. Derweil man in Leutkirch hofft, dass die zweite Chance gelingt, plant im benachbarten Wangen, genauer gesagt im Niederwangener Weiler Humbrechts, die Gastronomenfamilie Leonhardt ein Urlaubsressort. Auf fünf Hektar bei Leonhardts Gastronomiebetrieb sollen mehr als 50 Stellplätze für Wohnmobile, acht ca. 70 Quadratmeter große Bungalow-Ferienhäuser mit Küche, Bad, Schlaf- und Wohnraum sowie ein auch für die hiesige Bevölkerung nutzbarer Wellness-Bereich (Saunalandschaft, Swimmingpool, Liegewiese und Beachvolleyballfeld) und außerdem eine Grillstelle entstehen. Der Niederwangener Ortschaftsratsrat sieht Leonhardts Pläne jedoch sehr kritisch.



Für einen perfekten Start –
Flughafen Memmingen

Direkt zu über 40 Zielen in Europa, Afrika und Asien fliegen!
allgaeu-airport.de

Allgäu Airport
Memmingen